



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • Postfach 20 01 00, 53170 Bonn

Oberste Straßenbaubehörden
der Länder

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Josef Kunz
Leiter der Abteilung Straßenbau

HAUSANSCHRIFT
Robert-Schuman-Platz 1
53175 Bonn

POSTANSCHRIFT
Postfach 20 01 00
53170 Bonn

TEL +49 (0)228 99-300-5140
FAX +49 (0)228 99-300-3428

al-stb@bmvs.bund.de
www.bmvs.de

nachrichtlich:
Bundesanstalt für Straßenwesen

Bundesrechnungshof

DEGES Deutsche Einheit
Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 27/2010
Sachgebiet 16.2: Bauvertragsrecht und
Vergabewesen;
Vergabe- und Vertragsunterlagen
16.4: -; Abwicklung von Verträgen

(Dieses ARS wird im Verkehrsblatt veröffentlicht)

Betreff: Anwendung der Stoffpreisgleitklausel;
- Auswirkungen der Unsicherheit auf dem Stahlpreismarkt

Bezug: Meine Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS)
1. Nr. 04/2009 vom 06.04.2009 - S 12/7134.35/055-1014023 -
2. Nr. 16/2009 vom 26.11.2009 - S 12/7134.35/055-1130718 -
3. Nr. 09/2010 vom 11.06.2010 - StB 14/7134.2/010-1219968 -
Aktenzeichen: StB 14/7134.35/055-1330431
Datum: Bonn, 13.12.2010
Seite 1 von 3





Seite 2 von 3

I.

(1) Aufgrund der starken Preisschwankungen der Stahlpreise hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Entlastung der Bauunternehmen die verbindliche Anwendung einer Stoffpreisgleitklausel für Stahl in Bauverträgen des Bundesfernstraßenbaus mit ARS Nr. 04/2009 (siehe Bezug 3.) geregelt. Diese Regelung war bis zum 31.12.2010 befristet worden.

Im Verlauf des Jahres 2010 hat sich die Preisentwicklung im Bereich fast aller für das Bauwesen relevanten Stahlsorten weiter als sehr volatil gezeigt.

Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind wegen der Ungewissheit künftiger Stahlpreisentwicklungen und des damit verbundenen hohen Kalkulationsrisikos der Bauunternehmen die Voraussetzungen für die verbindliche Anwendung der Stoffpreisgleitklausel für Stahl über den 31.12.2010 hinaus weiterhin gegeben.

(2) Daher sind, **befristet bis zum 31.12.2011**, Stoffpreisgleitklauseln für Stahl immer dann vorzusehen, wenn zwischen Angebotsabgabe und dem Zeitpunkt der vereinbarten Lieferung bzw. Verwendung/Einbau mindestens **6 Monate** liegen und der Lieferanteil für Stahl wertmäßig mehr als 1 % der voraussichtlichen Gesamtangebotssumme bzw. der Angebotssumme der in den Besonderen Vertragsbedingungen vereinbarten Abschnitte, die vom Stoffpreisrisiko Stahl betroffen sind, ausmacht.

Der wertmäßige Anteil ist aus den Stahlmengen der betroffenen OZ in der Leistungsbeschreibung und den aktuellen Marktpreisen (z. B. für Baustahl, Betonstahl) vom Auftraggeber zu ermitteln und im Vergabevermerk zu dokumentieren.

(3) Ansonsten sind die Regelungen des mit ARS Nr. 09/2010 (siehe Bezug 3.) bekannt gegebenen Handbuchs für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA B-StB) zu beachten.

(4) Die Regelungen des ARS Nr. 16/2009 (siehe Bezug 2.) gelten weiterhin. In allen neuen Vergabeverfahren ist für Spundwandstahl und Spannstahl bis auf Weiteres keine Stoffpreisgleitklausel in den Vertragsunterlagen zu vereinbaren.



Seite 3 von 3

II.

(1) Im Interesse einer einheitlichen Regelung empfehle ich, diese Regelungen auch für die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Straßen anzuwenden.

(2) Von Ihrem Einführungserlass bitte ich mir eine Kopie zu übersenden.

(3) Mein ARS Nr. 04/2009 hebe ich auf.

Im Auftrag
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Josef Kunz



Beglaubigt:

Angestellte